

BDS-Podiumsgespräch zur Kommunalwahl

Im Vorfeld der Kommunalwahl hat der Bund der Selbstständigen Stadt Ludwigsburg die fünf großen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu einem Podiumsgespräch eingeladen.

VON KATJA GOLL

Es war ein straffes Programm, das der Vorsitzende des Bunds der Selbstständigen (BDS) Ludwigsburg, Stephan R. Wolf, am Donnerstagabend in der Stadtbibliothek vorstellte. Zu sechs Themenblöcken, die den Fraktionen im Vorfeld mitgeteilt worden waren, sollten die fünf Gemeinderäte Stellung beziehen und ihr Programm in maximal jeweils drei Minuten auf den Punkt bringen.

Etwa wollte der BDS von den Lokalpolitikern wissen, wie sie

Unternehmen bei Digitalisierung und Technologiekompetenz unterstützen, aber auch wie der Fahrplan zur verwaltungsinternen Digitalisierung aussieht.

Bürokratieabbau und Gewerbesteuern bildeten einen weiteren Themenblock. Es gäbe Verwaltungsprozesse, welche die Handlungsfähigkeit von Betrieben einschränkten und unzumutbar viel Zeit kosteten, so der BDS. Praktische Beispiele dafür lieferte Architekt Jochen Zeltwanger (Freie Wähler) und forderte, bei jeder Vorschrift deren Sinnhaftigkeit zu prüfen. Klaus Herrmann (CDU) nannte das Einrichten des Fachbereichs Digitale Transformation einen Fortschritt, plädierte aber dafür in den Ämtern weiterhin die Möglichkeit zur analogen Abwicklung anzubieten. Was von Daniel O'Sullivan (SPD) jedoch als nicht realisierbar eingeschätzt wurde.

Größere Differenzen zeigten

die Parteien in Bezug auf energetische Gebäudesanierung, Verkehrsentwicklung sowie Haushalt und Finanzen. Aus Unternehmenssicht wurde in diesem Zusammenhang die Abwanderung von Firmen wegen hoher Ausgaben thematisiert. Die Stadträte hielten mit der Attraktivität der Stadt durch einen guten Branchenmix dagegen und betonten die weichen Standortfaktoren, wie Bildungs-, Sport-, und Kulturangebote, die Arbeitskräfte anziehen würden und der Innenstadtbelebung zugute kämen.

Was Haushalt und Finanzen angeht, bemängelt Zeltwanger, man baue zu teuer. Er forderte einen Kostenrahmen bei Neubauten. Jochen Eisele (FDP) sprach sich für einen harten Sparkurs aus, um kommende Generationen zu entlasten und stellt, mit Blick auf die Kosten, etwa bei der Gebäudesanierung, „das Voranpreschen der Stadt

beim Klimaschutz“ infrage. Ganz anders argumentiert Michael Vierling (Grüne), der den Weg zur Klimaneutralität als eine Chance sieht. Er verweist auf den Zukunftsmarkt für Handwerk, produzierendes Gewerbe und Kreislaufwirtschaft und auf die guten Fördermöglichkeiten für Klimaschutzmaßnahmen. Der Wirtschaftswissenschaftler warnt zudem vor wesentlich höheren Folgekosten, würde Klimaschutz nicht ambitioniert umgesetzt: „Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe.“ Ein anderer Gesprächspunkt betraf die Entwicklung von Gewerbeflächen, für die weitgehend einhellig Chancen in der Öffnung für einen Nutzungsmix in Industriegebieten, Nachverdichtung und Gebäudeaufstockung gesehen wurden. Daniel O'Sullivan (SPD) regte zudem einen Dialog zur Kooperation bei der Flächennutzung unter den Gewerbetreibenden an.